



I. Allgemeine Informationen

1. Kommission zieht Agrarausgaben wieder ein

Laut eines Beschlusses der Kommission werden Agrarausgaben in Höhe von insgesamt 578,5 Mio. EUR von Mitgliedstaaten wieder eingezogen, weil EU-Vorschriften nicht eingehalten wurden oder die Kontrollverfahren für Agrarausgaben unzureichend waren. Die größte Einzelposition trifft Griechenland wegen Mängeln beim System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen mit rd. 211 Mio. EUR. Dieses System scheint in mehreren Mitgliedstaaten, neben Fehlern bei der Kontrolle, Ursache für Rückforderungen in der Flächenprämie zu sein. In Niedersachsen ist ein entsprechendes - mängelfreies - System (Agrar-GIS) vom Servicezentrum Landentwicklung und Agrarförderung aufgebaut worden.

2. Öffentliche Konsultation über künftige EU-Fördermittel für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

Die Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Nachfolge des Rahmenprogramms

für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) 2007-2013 gestartet. Das CIP ist ein wichtiges Haushaltsinstrument der EU zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Schwerpunkte des Programms sind: kleine und mittlere Unternehmen (KMU), der Zugang zu Finanzierungsmitteln, Innovation, die Verbreitung und Nutzung von Informationstechnologien sowie Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Durch die jetzige Konsultation, die bis zum 04.02.2011 dauert, wird der Öffentlichkeit die Gelegenheit gegeben, sich dazu zu äußern, welches die Prioritäten der künftigen Finanzierung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation durch die EU sein sollten. Der Anwendungsbereich und die Ziele der künftigen Programme sind noch nicht beschlossen. Weitere Informationen: http://ec.europa.eu/cip/public_consultation/index_en.htm.

Daher sind alle KMU in Niedersachsen aufgefordert, ihre Wünsche/Kommentare der Kommission mitzuteilen.

II. Das EP hat u.a. folgendes beschlossen:

1. Verlängerung des deutschen Branntweinmonopols

Das deutsche Branntweinmonopol, welches 1918 ins Leben gerufen wurde und staatliche Beihilfen für Ethylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs gewährt, wird bis Ende 2017 verlängert. Entsprechende Pläne der EU-Kommission hat das EP mit Änderungen unterstützt. Landwirtschaftliche Verschleubbrennereien dürfen nur bis Ende 2013 im Monopol bleiben. Ihre Erzeugung muss von 540.000 Hektoliter (hl) ab 2011 bis 2013 auf 180.000hl sinken. Bei Ausscheiden aus dem

Monopol können sie eine Ausgleichsbeihilfe in Höhe von 257,70€ je hl erhalten. Die Kleinstbrennereien dürfen bis Ende 2017 bis zu 60.000hl jährlich erzeugen. Einzelheiten unter: <http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101123IPR98148/>

2. Neufassung Richtlinie zur Beschränkung gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten

Gefährliche Substanzen wie Blei, Quecksilber und Cadmium werden nach einer Übergangsfrist von acht Jahren in nahezu allen in der EU verkauften Elektrogeräten verboten sein. Das

EP stimmte einer entsprechenden Änderung der „EU-Richtlinie zur Beschränkung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten“ (RoHS-Richtlinie) zu. Das Giftstoffverbot gilt bisher bereits für viele Elektrogeräte wie Telefone, Kühlschränke oder Fernseher. Künftig sind auch Dinge wie Laboratoriumsgeräte oder bestimmte Teddybären einbezogen. Allerdings gibt es auch weiterhin Ausnahmen für Geräte, für die keine Alternativen verfügbar sind, sowie für eine Liste bestimmter Produkte, etwa für militärisches Material, unbewegliche Industriegeräte und Solarmodule. Von den EU-Staaten abgeblockt wurde der Wunsch des Parlaments, die Liste der sechs verbotenen Stoffe direkt um über 20 zu erweitern, darunter PVC und weitere bromierte Flammenschutzmittel. Ob und welche neuen Stoffe auf die schwarze Liste kommen, soll bei einer Revision der Richtlinie drei Jahre nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt entschieden werden. Besonders beobachten soll die Kommission bis dahin auch die möglichen Gefahren durch Nanomaterialien.

3. Abstimmungen zur Verordnung zum Ausstieg aus der Kohleförderung

Die EU-Staaten sollen den Steinkohlebergbau

nach Ansicht des EPs bis Ende 2018 subventionieren dürfen. Dafür sprach sich das Parlamentsplenum in einer Entschließung mit 465 gegen 159 Stimmen aus. Müssten die Beihilfen bereits im Oktober 2014 abgeschafft werden, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, würde das für den Steuerzahler nur teurer, weil tausende Bergleute in Europa dann entlassen werden müssten. Auch dem Klimaschutz nutzt ein Auslaufen der Beihilfen 2014 nichts: Die Kohlekraftwerke in der EU würden dann mit Importkohle befeuert. Die Parlamentarier forderten die Kommission auf, ihren Verordnungsvorschlag zu ändern. Sie wiesen darauf hin, dass auch die große Mehrheit der Mitgliedstaaten Beihilfezahlungen bis 2018 unterstützt. Bleibt die Kommission bei ihrem Vorschlag, dann kann sie vom Ministerrat immer noch überstimmt werden. Allerdings muss das einstimmig geschehen. Auf Botschafterebene haben sich zuletzt die Niederlande, Dänemark und Schweden deutlich gegen Subventionen über 2014 hinaus ausgesprochen. Die klare Bestimmung, dass ab 2018 endgültig die Subventionen auslaufen, verpflichten nun alle Beteiligten, den Steinkohlebergbau bis 2018 umzustrukturieren.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Arbeitsprogramm der Kommission für 2011
- Richtlinie und Verordnung zu Informationen über Arzneimittel
- Schlussfolgerungen des EU-Gipfels zur Reform des Stabilitätspakts und zur Wirtschaftsregierung,
- Resolutionen zum Haushalt 2011
- Resolution zum internationalen Abkommen gegen Markenpiraterie (ACTA)
- Resolution zur Cancun-Klimakonferenz

Herzlichst Ihr



Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter: <http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:

Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:

Oldenburger Str. 97
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10

E-Mail: info@europa-mayer.de



EVP-Fraktion